

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

diese Ausgabe der unserer Mitgliederzeitung ist ein kleines Jubiläum. Es ist die 10. Ausgabe des „SOZI“, der sich mittlerweile bei unseren Mitgliedern, aber auch bei vielen anderen Bürgern großer Beliebtheit erfreut.

Gestartet im Dezember 2004 war es die ursprüngliche Idee, zum Jahresende hin unseren Mitgliedern - vor allem auch denjenigen, die nicht über Internet verfügen - einen kleinen Jahresrückblick über die Veranstaltungen der Rottal-Inn-SPD zuzusenden. Mittlerweile nutzen auch unsere Ortsvereine diese Plattform, um ihre Veranstaltungen und Termine bei allen SPD-Mitgliedern im Rottal bekannt zu machen.

Im Kommunalwahlkampf 2008 wurde der „SOZI“ mit einer Sonderbeilage des Wahlprogramms und der KandidatInnen überall an den Infoständen verteilt.

Motiviert durch den großen Zuspruch zu unserem „SOZI“ mache ich mich nun an diese und wohl auch künftige Ausgaben.

Thomas Asböck

Eggenfelden/Berlin. Berlin ist immer eine Reise wert, alles pulsiert, die Zeit steht nicht still, selbst in der Nacht hat man das Gefühl, etwas zu verpassen – und das Empfinden, dass Schlafen Zeitverschwendung sei. Wer Berlin so kurz besucht wie die Gruppe der 4. Bürgerfahrt, der atmet Berlin, inhaliert die Eindrücke und zehrt davon, wenn er wieder in der vertrauten ländlichen Umgebung weilt, wo die Probleme aus einer anderen Sichtweise valorisiert werden, wie vielleicht in der ‚großen‘ Politik.

Angeführt von der SPD-Kreisvorsitzenden Renate Hebertinger und dem stellv. Kreisvorsitzenden Thomas Asböck führte die 4. SPD-Bürgerfahrt vom 18.-23. April 2010 die 50 Teilnehmer für 6 Tage nach Berlin. Nach der Anfahrt am Sonntag folgte noch am späten Nachmittag eine dreistündige Stadtrundfahrt, die den Teilnehmern das historische und politische Berlin zeigte. Mit einem Abendessen im Brauhaus „Südstern“ ging der erste Tag zu Ende.

Berlin sechs Tage einmal anders erlebt



Die Reisegruppe der SPD vor der Berliner Mauer / Eastside-Gallery

Los ging der politische Teil der Bürgerfahrt am Montag mit dem Besuch im Bundesrat und dem Berliner Abgeordnetenhaus. Der ganze Nachmittag stand dann zur freien Verfügung und wurde genutzt zum Besuch in Europas größtem Kaufhaus dem KaDeWe, der Museumsinsel oder zum Bummeln am Kurfürstendamm bzw. in den Straße „Unter den Linden“. Aber auch der Potsdamer Platz wurde angesteuert. Ein Teil der Gruppe nutzte den Abend zu einem Besuch im Kabarett-Theater „Distel“

Am Dienstagmorgen war man zuerst Gast im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und im Anschluss daran stand ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Gesundheit auf dem Programm, in dessen Mittelpunkt natürlich die Kopfpause oder die Bürgerversicherung stand. Nach einer Freizeit im Nikolaiviertel ging es weiter mit einem Besuch im Roten Rathaus was auch einige Teilnehmer nutzten um mit dem regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit ein Erinnerungsfoto zu schießen. Anschließend ging es weiter zu einem der Höhepunkte, dem Besuch im Deutschen Bundestag.

Nach einem Imbiss im Paul-Löbe-Haus, stand dann die Autofahrt zur Glaskuppel im Reichstagsgebäude an, bevor man

auf der Besuchertribüne des deutschen Bundestages einen Vortrag anhörte. Einen sehr guten und vor allem sachlichen Eindruck hinterließ bei dem anschließenden Gespräch Florian Pronold, MdB, bei der Gruppe. Der Tag endete in einer typisch berlinerischen Kneipe „Deponie“.

Mit einer 1 ½-stündigen Stadtkernfahrt auf der Spree, wo die Teilnehmer nochmals alle Sehenswürdigkeiten vom Wasser aus betrachten konnten, begann der 4.Tag in Berlin. Nach einer Freizeit in den Hackeschen Höfen stand eine Führung durch das DDR-Museum an, bevor man am Nachmittag zu Besuch im Fernseh- und Rundfunkzentrum vom „rbb“ war.

Am Abend war man zu Gast im Friedrichstättpalast um die Revue „Qi“ zu sehen. „Dies war schon ein besonderes Erlebnis, stellten die Besucher einmütig fest.“

Am Donnerstag ging es bei windigem Wetter zu einer 2-stündigen Stadtführung durch Kreuzberg, der Oberbaumbrücke, der East-Side-Gallery, wo nach der Öffnung der Grenze Künstler aus aller Welt die Mauer bemalten. Auch ein Besuch in der Marheinekehalle an der Bergmannstraße durfte nicht fehlen, bevor man im Restaurant „Hasir“ ein türkisches Mittagessen einnahm. Am Nachmittag stand dann ein wei-

ter Höhepunkt an, eine Führung durch den ehemaligen Flughafen „Tempelhof“, der Mutter aller Flughäfen. Für den letzten Abend hatte der SPD-Kreisverband alle Teilnehmer in den Ratkeller des Rathauses Charlottenburger Rathaus eingeladen. Neben einem „Berliner Teller“ erlebten die Besucher einen schönen musikalischen Abend im Berliner Kabarett Klimperkasten.

Der letzte Tag der sechstägigen SPD-Bürgerfahrt begann mit einem Kurzabstecher in Leipzig, wo die Teilnehmer 3 Stunden Zeit hatten, Leipzig zu erkunden, bevor man die Rückfahrt antrat. Horst Juhr bedankte sich im Namen aller Teilnehmer bei Renate und Bernhard Hebertinger für die ausgezeichnete Organisation der 4. Bürgerfahrt nach Berlin und überreichte ein kleines Präsent. Der Dank der SPD-Kreischefin galt der Gruppe für den tollen Zusammenhalt sowie für die Pünktlichkeit, dem Busfahrer Helmut Glockner vom Busunternehmen Mückenhausen.

Vom 4.-9. Oktober 2010 plant der SPD-Kreisverband eine weitere Bürgerfahrt - diesmal dann in die Freie und Hansestadt Hamburg.

Die Ausschreibung erfolgt in den nächsten Wochen. Bei Interesse merken Sie sich den Termin bitte vor.

SPD Eggenfelden: Anpacken für mehr Verkehrssicherheit!



Eggenfelden. Ein großes Verkehrsprojekt für die Bürger von Eggenfelden haben die beiden Vorsitzenden Lars Knebler und Benjamin Lettl ins Leben gerufen. „Da in Eggenfelden an vielen Ecken und Enden der Schuh drückt haben wir uns entschieden tatkräftig anzupacken“: erläutert Lettl. Da der Stadtrat eigentlich nur Großprojekte behandle, aber sich um kleine Gefahrenstellen kaum bemüht, hat der Ortsverein mit einem Fragebogen Passanten am Stadtplatz, auf dem Wochenmarkt und dem Schellenbruckplatz ausgestattet. „Von den knapp 500 verteilten Zetteln sind fast 50 wieder in der Geschäftsstelle eingegangen“: berichtet Knebler erfreut.

Anhand einer öffentlichen Veranstaltung präsentierten Knebler und Lettl die Ergebnisse der teilnehmenden Bürger der Öffentlichkeit. Kritikpunkte waren häufig die fehlenden Farbmarkierungen für Fußgänger besonders im Bereich der Innenstadt und der Kreisverkehre Oettinger-

Straße und Carcassonner Platz. Das Fehlen einer Beschränkung für den Bahnübergang in Altenburg kam dabei ebenso zu Tage, wie die dringend notwendigen Nachbesserungsarbeiten bei bestehenden Zebrastreifen. Letzteres wurde durch die Stadtratsfraktion bereits positiv in die Bauausschusssitzung eingebracht.

Jedes Mitglied der SPD-Fraktion hat zudem eine ausführliche Dokumentation der Verkehrsaktion erhalten. Denn nur durch das Engagement der Vorsitzenden Knebler und Lettl und der Behandlung im Stadtrat durch die SPD-Fraktion kann es ermöglicht werden, dass Gefahrenstellen auf Eggenfeldens Verkehrswegen ausgemerzt werden. „Die Verkehrsaktion ist sehr gelungen, da wir hier unmittelbar mit den mündigen Bürgern zusammenarbeiten und gemeinsam etwas verändern können“: sind sich Knebler und Lettl einig. Die gesamte Präsentation der Ergebnisse kann auf der Homepage des Ortsvereins heruntergeladen werden.

Gravierende Versorgungslücke in der Eggenfeldener Innenstadt

Eggenfelden. Die Vorsitzenden Lars Knebler und Benjamin Lettl bedauern die immer größer werdende Versorgungslücke mit Lebensmitteln im Eggenfeldener Innenstadtbereich. „Es ist schockierend, welche Wohngebiete keine Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel mehr haben“, berichtet Knebler. Im Laufe der Zeit haben in der Innenstadt und den älteren Wohngebieten sämtliche Geschäfte geschlossen.“ ergänzt Lettl.

Als absolut „unsozial“ bezeichnet Lettl die aktuelle Situation. Menschen mit Barrieren aus dem nördlichen Stadtgebiet und dem Innenstadtbereich müssen entweder auf die Industriege-

bierte ausweichen müssten, oder auf Dritte angewiesen seien, um sich versorgen zu können. Deswegen fordert der Ortsverein ein durchdachtes Konzept für die Innenstadt. „Zudem haben die Unternehmen auch ihre Philosophie geändert, die auch kleinere Geschäfte wieder stärker in die Versorgung der Menschen einbezieht“, verdeutlicht zudem Renate Hebertinger. „Bürgernahe Geschäfte und auf die Industriegebiete ausgelagerten Großmärkte widersprechen sich in der heutigen Zeit nicht mehr, sondern sie stellen sich auf die äußerst individuellen Bedürfnisse der Menschen ein,“ ist sich Knebler sicher.

Einladung zum Sommerfest am 24.7.2010

In diesem Jahr veranstaltet der SPD-Ortsverein Eggenfelden sein traditionelles Sommerfest am Samstag, 24. Juli 2010 ab 14:30 Uhr

im Biergarten der Sportgaststätte in der Birkenallee.

Neben Kaffee und selbstgebackenem Kuchen wird es ab 16:30 unsere gewohnten Köstlichkeiten vom Grill geben. Das Fest wird musikalisch umrahmt und findet bei jeder Witterung statt.

Auf den Ortsverein, der die größte Delegation nach Eggenfelden entsendet, wartet ein kleines Präsent.

Wir freuen uns auf unsere zahlreichen Besucher.

Atomausstieg und „NEIN“ zur Kopfpauschale

Eggenfelden. Im April war MdL Bernhard Roos zu Gast beim SPD-Ortsverein. Er stellte klar, dass der konsequente Atomausstieg, wie ihn die SPD beschlossen hat, der richtige Weg in Richtung regenerativer Energien ist. Eggenfelden sei mit der HAWI AG zudem ein Beispiel, dass mit sauberer Energie auch Arbeitsplätze im ländlichen Bereich geschaffen werden. Man müsse nur durchs Rott- und Inntal fahren, um zu sehen, wie sehr Sonnen- und Windenergie von der Bevölkerung angenommen werde.

Ein klares „Nein“ zur von der schwarz-gelben Regierung geforderten Kopfpauschale im Gesundheitswesen kam sowohl von MdL Bernhard Roos und der SPD-Kreisvorsitzenden Renate Hebertinger, weil es skandalös sei, dass dann 80% der Bürger staatliche Zuschüsse beantragen müssten und so zu Bedürftigen stigmatisiert werden.



Podiumsdiskussion: „Macht Schule krank?“



Eggenfelden. Ob der herrschende Leistungsdruck an den bayerischen Schulen die Gesundheit der Schüler gefährdet wollten der Ortsverein und die AfB-Niederbayern wissen. Dazu haben sie Frau Dr. med. Helga Schulte, (für den Bereich Suchterkrankungen), Frau AnnaLee Scholz, Diplom-Psychologin/ Approbierte Psychotherapeutin (für den Bereich der Essstörungen), Frau Dr. med. Cerstin Schirmacher, (für den Bereich psych. Erkrankungen bei Jugendlichen) und Frau Dr. rer.nat. Annelie Patzak-Nenninger, (für den Bereich der Medikamente) als Fachreferentinnen geladen.

In seinem Impulsreferat stellte Benjamin Lettl die Schule als einen der Hauptstressoren für Schüler dar. „Sie leiden unter dem Konkurrenzdruck und den hohen Erwartungen.“ AfB-Vorsitzende Marion Winter beschrieb die Situation an den bayerischen Schulen so: „Viele lernen nur noch und ha-

ben keine Freizeit mehr. Bayern will seinen Ruf bewahren, das schwerste Abitur zu haben.“ Kopfschmerzen, Bauchkrämpfe und die Symptome eines Burnout-Syndroms sind ihrer Meinung nach keine Seltenheit mehr.

Die Referentinnen kamen alle zu einem ähnlichen Ergebnis: „Schule als solche macht nicht krank, aber sie wirkt als ein krank machender Faktor. Deswegen sei es notwendig, dass die frühe Selektion nach der vierten Jahrgangsstufe überdacht wird und endlich auch die Schule verstärkt für präventive Maßnahmen genutzt werden. Psychologin AnnaLee Scholz appellierte zudem an Lehrer und Eltern ein Netz der Prävention zu schaffen. Fatal sei es zudem seine Kinder mit Medikamenten vollzupumpen, oder diese vor dem Computer zu parken, da die Auswirkungen auf das jugendliche Gehirn noch nicht erforscht seien.

Pfarrkirchen: SPD-Ortsverein und Stadtratsfraktion kämpfen um Familienförderung

Pfarrkirchen. Bereits im Januar 2009 hat der SPD-Ortsverein Pfarrkirchen beschlossen, sich für die Förderung junger Familien einzusetzen. Geboren wurde damals die Idee, den städtischen Baugrund günstiger an junge Familien mit Kindern abzugeben.



**SPD-Ortsvorsitzender
Hans Tahedl**

Ortsvorsitzender und Stadtrat Hans Tahedl führte eine Studie der Bertelsmann-Stiftung an, die besagte, dass auch in Pfarrkirchen die Bevölkerung schrumpfen werde. Viel Bauwillige würden in die Dörfer außerhalb der Stadt ziehen, weil dort viel günstigere Baupreise angeboten würden. „Damit Pfarrkirchen dauerhaft blühen kann, wird es immer wichtiger, Familien in unserer Stadt

zu halten oder für die Stadt zu gewinnen“, forderte Hans Tahedl.

Stellvertretender Ortsvorsitzender Herwig Slezak war ebenso der Meinung, dass die demografische Entwicklung auch in Pfarrkirchen eine Veränderung der Altersstruktur zur Folge haben werde. Er ergänzte, dass mit einem auf Familienförderung ausgerichteten Grundstücksmanagement künftig das Wanderungsverhalten von Bauwilligen in der Familiengründungsphase möglicherweise positiv für die Stadt beeinflusst werden könne.

Die Fraktionsvorsitzende der Pfarrkirchner SPD im Stadtrat, Franziska Wenzl, zeigte sich überzeugt, dass sich die Investitionen in die Infrastruktur, wie z.B. in Kinderbetreuungseinrichtungen auf Dauer lohnen würden, wenn künftig mehr Familien mit Kindern in der Kreisstadt wohnen würden. „Diese Einrichtungen sind dann mittelfristig nicht strukturellen Veränderungen ausgesetzt. Investitionen in Familien sind schließlich Zukunftsinvestitionen mit gesamtgesellschaftlicher Dimension“, so die Fraktionsvorsitzende weiter.

Die SPD-Fraktion brachte schließlich am 8. Februar 2009 einen entsprechenden Antrag im Stadtrat ein. Gefördert werden

sollte der Erwerb von städtischen Grundstücken für Familien mit mindestens einem Kind unter 16 Jahren. Der Baulandpreis sollte hierbei um 10 Euro je Quadratmeter günstiger abgegeben werden.



SPD-Stadtratsfraktionsvorsitzende Franziska Wenzl

Der Antrag wurde vom Stadtrat wie üblich in die Ausschüsse verwiesen und sollte seinen Weg gehen. Es gab jedoch immer wieder Verzögerungen von Seiten der Stadt und auch Ankündigungen, die nicht eingehalten wurden und sich über Monate hinweg zogen. Schließlich platzte der Fraktionsvorsitzenden Franziska Wenzl in der Stadtratssitzung vom 24. Juni 2010 der Geduldsfaden. „Ich habe bisher allen Ankündigungen und Absichtserklärungen Glauben geschenkt.

Inzwischen aber werte ich das Vorgehen der Stadt als Zeichen mangelnder Wertschätzung. Ich bin mir der Größe der SPD-Fraktion (4 von 24 Stadträten) durchaus bewusst, aber wenn hier niemand eine solche Familienförderung will, dann soll man die Hand heben und den Antrag einfach ablehnen,“ machte sich die Fraktionsvorsitzende Luft.

Bürgermeister Riedl kündigte daraufhin noch einmal ein Gespräch mit allen Fraktionsvorsitzenden an, noch vor der Sommerpause. Vielleicht kann dann endlich, nach über einhalb Jahren, doch noch eine vernünftige Lösung in der Familienförderung auf der Grundlage des SPD-Antrages auf den Weg gebracht werden.



**stellv. SPD-Ortsvorsitzender
Herwig Slezak**

SPD-Ortsverein Arnstorf: Neuwahlen und interessante Veranstaltungen



Die neu gewählte Vorstandschaft mit Vorsitzender Marion Winter (Mitte) und SPD-Kreisvorsitzender Renate Hebertinger (l.)

Arnstorf. Im Februar fand die Veranstaltung mit MdB Florian Pronold und MdL Inge Aures zum Thema „Schwarz-Gelbe Klientelpolitik - schlecht für Bayern“ viele Zuhörer. Vor allem der Bericht von MdL Inge Aures über die Arbeit im Untersuchungsausschuss zur Landesbankaffäre traf auf großes Interesse bei den Arnstorfer Bürgerinnen und Bürgern.

Nach 12 Jahren wurde Maria Bellmann, die nicht mehr als Vorsitzende kandidierte, im April von Marion Winter an der Spitze des Ortsvereins Arnstorf abgelöst. Maria Bellmann wird künftig als 2. Vorsitzende ihre Erfahrungen in das Führungsteam einbringen. Die Kasse des Ortsvereins verwaltet wie

bisher Franz Xaver Steiger, und auch Helmut Weilerer bringt sich weiterhin als Organisationsleiter ein. Zum Schriftführer wurde Stephan Müller gewählt und Zita Göschl, zuständig für 60 plus wird als Beisitzerin weiterhin den nummehr neuen und an einem optimalen Platz aufgestellten Schaukasten mit interessanten Informationen bestücken. Weitere Beisitzer sind Rudi Kapfinger und Martin Stömmel.

Den Abschluss der Mitgliederversammlung bildete Thomas Saatberger vom Ortsverein Landshut-Mitte mit seinem Referat zum Thema „die Geschichte der SPD, eingebettet in die deutsche Geschichte vom 1863 - 1933“. Marion C. Win-

ter, will als neue Vorsitzende, nicht nur die Bildung, sondern vor allem auch die Probleme der Landwirtschaft im Ortsverein stärker thematisieren. Neben neuen Ideen setzt sie aber auch auf Traditionen, so wird es weiterhin einen monatlichen Bürgerpolitischen Stammtisch, sowie regelmäßige Marktstände geben und das Ferienprogrammangebot wird, wie auch schon in den letzten Jahren, mit dem Ortsvereinsausflug verbunden.

Im letzten Jahr wurden beim Besuch im Nationalpark Bayerischer Wald auf dem 7 km langen Rundweg verschiedene Tiere beobachtet, wobei es den Kindern

vor allem die Wölfe und Bären angetan hatten. Auch der Besuch des Hans-Eisenmann-Hauses mit seinem Pflanzen- und Gesteins-Freigelände war ein voller Erfolg, so daß sich der Ortsverein dieses Jahr zu einer Zeitreise in die Natur aufmacht. Die Kinder und Erwachsenen werden im Keltendorf Gabreta (nahe Ringelai) um 2500 Jahre zurückversetzt. Bei einem geführten Rundgang wird über das Alltagsleben und die Traditionen der Kelten, sowie alte Terrassen informiert. Nachdem die Kinder dann einen Zauberspruch gebraut haben, wird der Ausflug ganz nach Art der Kelten an der Feuerstelle mit gegrillten Würsten ausklingen.



Ortsvereinsausflug 2009 in den Nationalpark Bayerischer Wald



Bernhard Roos ist seit 2008 Landtagsabgeordneter für die Kreise Passau und Rottal-Inn.

Liebe Genossinnen
und Genossen,

werte Freunde der Sozialdemokratie in Landkreis Rottal-Inn,

seit gut 1 ½ Jahren bin ich nun als Passauer SPDler und MdL Euer Betreuungsabgeordneter rund um die Städte Pfarrkirchen, Eggenfelden und Simbach am Inn. Ich komme sehr gerne zu Euren Veranstaltungen und freue mich auch auf diverse Volks- und Bürgerfeste in der Sommersaison. Hierbei hoffe ich auch, zukünftig nicht mehr so sehr auf Zufälle angewiesen zu sein, da mich die Landrätin dankenswerterweise in ihren Informationsverteiler aufgenommen hat.

Als Gewerkschafter und Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags bin ich besonders an Firmenbesuchen interessiert und freue mich, wenn mich die kommunalen Mandatsträger begleiten. Ein zentrales Anliegen in diesem Falle ist mir die Wirtschaftsförderung gerade der Kleinunternehmen und Mittelständler.

Nach dem Vorbild der im Landkreis Rottal-Inn geborenen „XPer-Regio“ streben meine Fraktion und ich eine Stärkung des Regionalmanagements hin zu einem demokratisch legitimierten Gremium mit eigenem Budget an.

Neben Vertretern der kommunalen Gebietskörperschaften und Kammern gehören natürlich zwingend Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligt, um wirksames Controlling zu gewährleisten. Die Finanzausstattung orientiert sich an der Wirt-

schaftskraft eines Landkreises. Leider wurde unser diesbezüglicher Antrag von der CSU/FDP-Mehrheit im Landtag abgelehnt, aber wir machen hinter den Kulissen weiter Druck!

Bayerns politische Gestaltungskraft leidet natürlich enorm unter den Auswirkungen der Landesbankkrise. Ende 2008 war der Landtag gezwungen, die BayernLB mit 10 Milliarden Euro Steuergeldern zu stützen, Anfang 2010 mussten wir die Kärntner Tochter HypoGroup-Alpe-Adria mit knapp 4 Milliarden Euro abschreiben. Ein Skandal erster Güte des CSU-Filzes im Land, den Staatsanwaltschaft und Untersuchungsausschuss aufklären werden. Die verantwortlichen Banker und CSU-Politiker müssen straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden!



v.l.n.r.: Hr. Seidl (Vorstand im Montessoriverein und Elternvertreter), Renate Hebertinger (Kreisvorsitzende), Bernhard Roos MdL, Marion Winter, Hans-Ulrich Pfaffmann MdL, Marion Wagner, Reinhold Perlak MdL, Fr. Katja Lettl und Winfried Hoppe (Schulleiter)

So fehlt das Geld an allen Ecken und Enden für unsere regulären Aufgaben. Ein seltener Akt der Offenheit kommt vom Innenminister Herrmann, unter anderem für den Staatsstraßenbau zuständig. Er beziffert den Erhaltungsbedarf jährlich auf 720 Millionen, zur Verfügung steht mit 80 Millionen gerade mal ein Neuntel! In Niederbayern sind 997 von 2039 Kilometern schadhaft. „Den Vogel“ schießt die Staatsregierung im Landkreis Rottal-Inn ab: Sage und schreibe 64 Prozent und mithin 133 von 209 Kilometern an Staatsstraßen

im Kreisgebiet sind sanierungsbedürftig! Das Dilemma liegt klar auf der Hand, denn jedes Jahr an „unterlassener Hilfeleistung“ lässt den Finanzbedarf exponentiell nach oben schnellen!

Die klammen Haushalte von Landkreis und Gemeinden lassen natürlich ebenso nicht zu, den Zustand von Kreis- und Gemeindestraßen nachhaltig zu verbessern.

Nachgerade „irre“ hören sich da die vollmundigen Ankündigungen von Bundesverkehrsminister Ramsauer und seinem Staatssekretär Scheuer (beide CSU) an, die einem forcierten Ausbau der Bundesfernstraßen in Aussicht stellen, in unserem Bereich etwa B15 oder A94.

Ein klassisches, föderales Thema der Landespolitik ist die Bildung. Kultusminister Spaenle jubelte kürzlich über die guten Noten der Bayrischen Schülerinnen und Schüler im Ländervergleich seitens des IQB-Instituts in Berlin. Erfreulich, dass dies für Haupt-, Wirtschafts-, Realschulen sowie Gymnasien gleichermaßen gilt. Demaskierend allerdings, dass im Freistaat die Kluft

wurde! Trotzdem wird Druck auf Bürgermeister, Schulleiter, Eltern und Schüler ausgeübt, um möglichst schnell Tatsachen zu schaffen. Meine Prognose ist, dass das Mittelschulkonzept scheitern wird, weil es nur das Etikett der Hauptschule auswechselt und mithin die Standorte nicht sichern kann. Evident wird dies durch die Tatsache, dass die Übertrittsquoten an weiterführende Schulen auch im Landkreis Rottal-Inn im aktuellen Schuljahr bei über 62% an Realschulen und Gymnasien liegen - somit die Ressourcen der Hauptschule weiter schwinden, obwohl deren Lehrkräfte hervorragende Arbeit leisten!

Ausgehend von der Landtagsfraktion hat die BayernSPD mittlerweile das Konzept der Gemeinschaftsschule entwickelt, dass an einem Standort - nicht zwingend unter einem Dach - alle 3 Niveaus von Hauptschule über Realschule bis Gymnasium anbietet und den Schülerinnen und Schülern mit dementsprechender Breite von Lehrkräften individuelle Förderung offeriert.

Im Rahmen der von unserem Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher initiierten Bayertour war ich vor kurzem mit meinen MdL-Kollegen Hans-Ulrich Pfaffmann und Reinhold Perlak im Schulumt des Landkreises sowie in der Montessori-Schule Eggenfelden, um für bessere und sozialere Bildung zu werben. In dem Zusammenhang darf ich vor allem der Genossin Marion C. Winter und den weiteren Mitgliedern in der AfB - Arbeitsgemeinschaft für Bildung für ihre wertvollen Beiträge danken.

Euch allen eine herrlich erholsame Ferien- und Urlaubszeit! Glück Auf!

Euer Bernhard Roos, MdL

Mein Bürgerbüro

Kontakt:

Sailerwöhr 13
94032 Passau

Tel.: +49 (0)851 8 51 90 37
Fax: +49 (0)851 8 51 90 39

✉ buergerbuero
@bernhard-roos.de

Öffnungszeiten:

Mo. - Mi. 8 - 12 Uhr und
12:45 - 16:45 Uhr

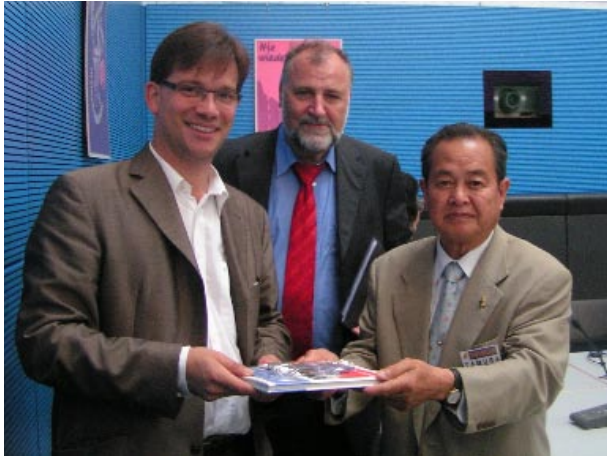
Donnerstag: 12 - 18 Uhr

Freitag: 8 - 12 Uhr

Schwarz-Gelb ist Deutschlands größte Nichtregierungsorganisation

Liebe Genossinnen
und Genossen,

es kam wie erwartet: die Sparmaßnahmen der Bundesregierung treffen vor allem diejenigen, die am wenigsten zur Verfügung haben. Während die Koalition zaghaft und zaudernd dabei ist, die Finanzbranche als Verursacher der Krise zur Finanzierung der Schäden heranzuziehen, geht sie absolut rücksichtslos mit Arbeitslosen und Familien um.



Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für den Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Forschung traf Florian Pronold den Bundesvorsitzenden der IG BAU, Klaus Wiesehügel und den japanischen Chef der weltgrößten Baugewerkschaft in Berlin zu einem Meinungsaustausch.

Die schwarz-gelbe Klientelpolitik geht weiter: CDU/CSU und FDP schonen ihre eigene Klientel, lassen Wohlhabende ohne wirkliche Einbußen davonkommen, während die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft zur Kasse gebeten werden. Es ist blanker Hohn, dass einer alleinerziehenden Mutter ohne Arbeit 300 Euro Elterngeld gestrichen wird, die Millionärsgattin dieses aber nach wie vor bekommt. Die Milliardeneschenke an Hoteliers und reiche Erben haben weiterhin Bestand, die oberen Einkommen kommen unberührt davon. Die CSU inszeniert sich gerne als soziales Feigenblatt von Schwarz-Gelb. Jetzt steht sie nackt da. Mit ihrer Zustimmung zu einer Sparliste, die vor allem den Sozialbereich ins Visier nimmt, offenbart die CSU, dass ihr Feldgeschrei nichts als ein Etikettenschwindel war.

Starke Schultern müssen mehr tragen

Mit ihrer unsozialen und ungerechten Politik kündigt die Koalition das Solidaritätsprinzip in unserem Land auf. Mit einseitigen Belastungen für sozial schwächere verletzt sie massiv das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Damit gefährdet sie den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, der auf gegenseitiger Verantwortung und der Verpflichtung beruht, dass starke Schultern mehr tragen können als Schwache. Schwarz-Gelb hingegen verteilt gesellschaftlichen Reichtum lieber von

unten nach oben. Die SPD will einen sozialen Ausgleich, der auch Spitzenverdiener und Vermögende angemessen an der Bewältigung der Krise beteiligt.

Dauerzank in der Koalition, Chaos in der Umsetzung des Koalitionsvertrages

Ob in der Bildungspolitik, der Finanz- oder der Gesundheitspolitik: Schwarz-Gelb hat keine klare Linie. Mehrere Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag wurden bereits vor die Wand gefahren. Die Steuerideen der CSU verkommen allmählich zur Seifenoper. Nahezu täglich neue Ankündigungen: Erst gibt's Steuerentkennungen auf jeden Fall und sofort, gar als Bedingung einer Koalition. Dann eher doch nicht sofort, aber ganz bestimmt später - in zwei Stufen, spätestens 2012. Nach dem Desaster in NRW heißt es aus der CSU: auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar, dem Staat sind die Steuerhände gebunden. Jetzt legt die CSU eine neue Folge auf: ein eigenes Steuerkonzept bis Herbst. Willkommen in der Endloschleife. Die FDP-Minister sind bis auf die Knochen bliamiert. Vizekanzler Guido Westerwelle, der keinen Koalitionsvertrag ohne massive Steuersenkungen unterschreiben wollte, steht mit leeren Händen da. Er hat nicht ein einziges seiner politischen Ziele erreicht.

Gesundheitsminister Rösler ist mit der angekündigten Kopfpauschale mehrfach vor die Wand gelaufen. Sein letzter Versuch, ab 2011 eine einkommensunabhängige Kopfpauschale in Höhe von 30 Euro monatlich einzuführen

ist an der CSU gescheitert, die von Bayern aus Opposition gegen die eigene Bundesregierung macht. Von den Beschlüssen, die die CSU bei den Koalitionsverhandlungen mitgetragen hat, will sie nun wegen der schlechten Umfragewerte nichts mehr wissen. Dieses Spiel dürfen wir der CSU nicht durchgehen lassen: in Berlin hü und in Bayern hott, damit macht sich die CSU völlig unglaubwürdig.

Ramsauer - Totengräber des ländlichen Raums

Verkehrsminister Ramsauer hat sich vom Ankündigungsminister zum Totengräber des ländlichen Raums gewandelt. Noch zu Beginn der Legislaturperiode hat der Bundesbauminister vollmundig versprochen, sich für die ländlichen Räume stark zu machen. Sogar mit seiner Partei- und Kabinettskollegin Ilse Aigner hat er öffentlich gestritten, wer dafür zuständig ist. Jetzt macht er das Gegenteil: Ramsauer hat den Kommunen 100 Millionen Euro weggenommen. Noch vor wenigen Monaten hatte der Bauminister ein Sonderprogramm „Ländlicher Raum“ mit einem Volumen von 30 Millionen Euro angekündigt. Nur gut die Hälfte, 18 Millionen Euro, hat er in seinen Haushalt eingestellt. Gleichzeitig hat das Bundeskabinett in seiner Sparklausur beschlossen, die Städtebauförderung von 600 Millionen Euro auf 300 Millionen Euro zu kürzen. Rund 40 Prozent der Mittel aus der Städtebauförderung fließen bislang in die ländlichen Räume. Die Rechnung ist simpel: 18 Millionen Euro fließen in die ländlichen Räume, 120 Millionen Euro werden gestrichen. Am Ende heißt es rund 100 Millionen Euro fehlen für Infrastrukturmaßnahmen in Dörfern, kleinen und mittleren Städten in ganz Deutschland.

Die größte Niederlage Merkels ist der kürzlich zum dritten Mal gescheiterte Bildungsgipfel von Bund und Ländern. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz ging es gar nicht um Konflikte zwischen SPD- und unionsgeführten Ländern. Die Länder haben die Bundesregierung einhellig aufgefordert, die Steuereinnahmen der Länder nicht zu schmälern und sie bei der Bildungsfinanzierung durch zusätzliche Umsatzsteueranteile zu unterstützen. Die Kanzlerin war nicht vorbereitet und lehnte ab. Ergebnis: 16 zu 0 gegen Merkel.

Merkel und Westerwelle, die nach der Bundestagswahl als Traumpaar gestartet sind, sind zum zerstrittenen Ehepaar geworden, das lieber heute als morgen die Scheidung einreichen würde. Der Ton zwischen den Koalitionspartnern ist rauer geworden. Man beschimpft sich gegenseitig als „Wildsau“ und „Gurkentruppe“. Kein Wunder, dass die Mehrheit der Deutschen nicht mehr an den Bestand dieser Koalition glaubt, und auch das Fazit der Medien heißt: „Aufhören!“

**Florian Pronold, MdB,
SPD-Landesvorsitzender**



Gauck war Kandidat der Herzen

Mit 625 von 1.244 Stimmen und einer parteitaktischen schwarz-gelben Mehrheit in der Bundesversammlung ist Christian Wulff beim 3. Anlauf zum Bundespräsidenten gewählt worden. In allen drei Wahlgängen hat dabei ein erheblicher Teil des schwarz-gelben Lagers Mut und Eigenständigkeit bewiesen. Dass sie sich vom Merkelschen Machtkalkül nicht haben vereinnahmen lassen, verdient Respekt und Anerkennung.

Joachim Gauck war der Kandidat der Herzen. Er wäre der Bundespräsident für alle gewesen. Er hatte eine breite gesellschaftliche Zustimmung aus der deutschen Bevölkerung über alle Parteigrenzen hinweg. Merkel setzte letzten Endes aus Angst vor Gesichts- und Machtverlust eine parteitaktische Lösung durch. Schwarz-Gelb hat damit eine historische Chance vertan, aus der heutigen Wahl eine Sternstunde für die Demokratie zu machen.

Dass Angela Merkels Taktiererei am Ende aufgehen konnte, ist der bornierten Haltung der Linkspartei zu verdanken. Mit ihrer Engstirnigkeit gegenüber Gauck hat sie den Kandidaten von Union und FDP unterstützt. Und nur dadurch hat es Christian Wulff in sein neues Amt geschafft. Das zeigt, dass die Linke nach wie vor mehr an ihrer eigenen Vergangenheit als an unser aller Zukunft interessiert ist. Hätte ihr das Wohl unseres Landes am Herzen gelegen, hätte der bessere Kandidat das Remmen gemacht: Joachim Gauck.

SPD-Kreistagsfraktion fordert Prioritätensetzung bei den Pflichtaufgaben

Liebe Genossinnen
und Genossen,

liebe Freunde der SPD,

die SPD-Kreistagsfraktion hat anlässlich einer Fraktionssitzung zu Beginn des Jahres 2010 klargestellt, dass sich der Kreistag zukünftig insbesondere um die Pflichtaufgaben nach der Landkreisordnung kümmern muss. Dazu gehören u. a. die stationäre Versorgung von Patienten und die Weiterentwicklung der Schulen, für die der Landkreis zuständig ist. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, da der Landkreis eine hohe Verschuldung hat und höhere Einnahmen nicht zu erwarten sind. Gefühlsentscheidungen dürfen keine Rolle spielen.

Im ersten Halbjahr war die grundsätzliche Entscheidung über die zukünftigen Strukturen unserer Krankenhäuser zu treffen. Die Kreistagsfraktion hatte sich mit dem Kreisverband und dem Aktionsbündnis für die Weiterführung der Krankenhäuser in kommunaler Hand eingesetzt. Eine der Pflichtaufgaben des Landkreises sollte auf keinen Fall privaten Investoren zur Gewinnmaximierung übergeben werden. Die Verunsicherung des Krankenhauspersonals musste ein Ende haben. Nach dem Bürgerentscheid bestand auch für die ‚Krankenhausverkäufer‘ im Kreistag Klarheit, dass die Bevölkerung die Krankenhäuser weiterhin im Eigentum des Landkreises haben wollte.

Der SPD-Kreistagsfraktion war klar, dass der zukünftige Weg steinig werden wird. Hohe Defizite und die politisch falsche Entscheidung, das Eigenkapital auf null Euro abzusenken, lassen sich nicht wegdiskutieren. Wettbewerber starten Abworbungsversuche beim Personal. Jede erforderliche Umstrukturierung führt zu Unruhe und zusätzlichen Belastungen. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung den finanziellen Rahmen der Krankenhäuser immer stärker einschränkt.

Die Kreistagsfraktion hat, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, die grundsätzlichen Ziele erreicht. Die Beratungsfir-

ma setzt den Auftrag um, das strukturelle und wirtschaftliche Gesamtkonzept für ein kommunales Krankenhaus zu entwickeln. Die Privatisierung der

genkapital in die Krankenhaus gGmbH einzubringen. Jetzt geht es darum, bei den Bürgern, bei den Patienten, bei den Hausärzten und nicht zuletzt beim Perso-

Über die zusätzlichen Räume für Schüler und Lehrer sowie deren Kosten, hat sich die Staatsregierung aber keine Gedanken gemacht. Die muss der Landkreis zur Verfügung stellen. Weil z. B. in der Realschule Eggenfelden die Raumnot am größten ist, mussten Container beschafft werden, um einen geordneten Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Ähnliche Rufe nach Unterstützung kommen aus den Gymnasien. Fast schon jeden Tag gibt es von der schwarzgelben Staatsregierung neue Vorgaben und Projekte für die Schulen. Die schwarzgelbe Tigerenten-Koalition in München bestimmt, gibt uns aber nicht die Finanzmittel, um zeitgerechte Schulen einrichten zu können.

Die SPD-Kreisvorstandsschaft hat im Frühjahr 2010 eine Initiative des Juso-Kreisverbandes an die Kreistagsfraktion weitergegeben, die als Ziel die Bildung eines Jugendkreistages beinhaltet. Die Argumente für einen Jugendkreistag in Rottal-Inn sind überzeugend. Interessierten Jugendlichen kann die Arbeitsweise kommunalpolitischer Gremien näher gebracht werden. Sie haben die Gelegenheit, eigene Ansichten zu verschiedenen Themenbereichen öffentlich zu machen. Sie können eigene Belange aktiv durch eigene Entscheidungen mitbestimmen. Durch Mitbeteiligung und Mitbestimmung sollen sich die Jugendlichen besser mit ihrem Landkreis identifizieren können.

Die Kreistagsfraktion hat einstimmig beschlossen, den Antrag auf Einführung des Jugendkreistages dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Verwaltung führte die Vorarbeiten durch und setzte unseren Antrag auf die Tagesordnung des zuständigen Kreisausschusses. Es ist für uns und sicherlich auch für den SPD-Kreisverband erfreulich, dass der Kreisausschuss unserem Antrag einstimmig zugestimmt hat. Jetzt gilt es, die gute Idee mit Leben und Aktivitäten umzusetzen.

**Euer Kurt Vallée,
Vorsitzender der SPD-
Kreistagsfraktion**



Kreistagsfraktionschef Kurt Vallée referiert zum Thema Krankenhäuser.

Krankenhäuser ist damit endgültig vom Tisch.

Satzung und Geschäftsordnungen werden so geändert, dass die Geschäftsführung der Krankenhäuser eigenständig und eigenverantwortlich das operative Geschäft erledigt. Es gibt keine politische Einflussnahme auf den geschäftlichen Ablauf. Es wird im Gegensatz zu den früheren

Vertrauen zu schaffen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt bei der Erledigung der Pflichtaufgaben werden die Sanierung und Erweiterung der Schulen sein, bei denen der Landkreis Sachaufwandsträger ist. Wir, in einem ländlichen Landkreis, haben keine hohen Einnahmen, aber die gleichen hohen Ausgaben für Berufsschulen, Realschulen und



Mai 2009: Krankenhausmitarbeiter demonstrieren bei Kreistagsitzung.

Jahren, keine externe Geschäftsführung durch eine Firma geben. Die Krankenhaus gGmbH wird eine eigene Geschäftsführung haben. Das Auswahlverfahren ist in die Wege geleitet.

Der Kreistag hat bereits beschlossen, das erforderliche Ei-

Gymnasien, wie reichere Landkreise. Die Staatsregierung hat auf die Schnelle die sechsstufige Realschule und das achtjährige Gymnasium vorgegeben.

Es ist verständlich, dass sich viele Schüler und Eltern für diese Schultypen entscheiden.

Weg frei für ein Jugendparlament

Kreisausschuss befürwortet SPD-Vorstoß - Maximal 50 Mitglieder - Wahlen erfolgen in den Schulen

Der nachfolgende Artikel ist der Passauer Neuen Presse / Rottaler Anzeiger vom 22.05.2010 entnommen:

Pfarrkirchen. Interessierten jungen Leuten die Arbeitsweise der kommunalpolitischen Gremien näher zu bringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen in der Kommunalpolitik zu machen, eigene Ansichten zu verschiedenen Themen öffentlich kund zu tun und sie in die Kreisgremien einzubringen - dies ist der Ansatz der SPD, mit dem sie bereits im April die Einrichtung eines Jugendkreistags beantragt hatte. Jetzt gab der Kreisausschuss grünes Licht dafür. Fraktionssprecher Kurt Vallée begründete den Vorstoß noch einmal kurz und betonte, wie wichtig es sei, dass sich Jugendliche in Demokratie üben, Diskussionen erleben und führen sowie kommunalpolitisch mitwirken könnten. Sie würden so auch den Landkreis verstärkt als ihre Lebenswelt erfahren. Die SPD hatte auch gleich einen Satzungsentwurf mitgeliefert, der ähnlich dem im Landkreis Freising ist. Dort hatte sich



So wie hier soll es auch bald im Rottaler Kreistag aussehen, wenn der erste Jugendkreistag seine Sitzung abhält.

die Kreisverwaltung im Vorfeld ebenso erkundigt wie im Landkreis Kehlheim, wo es bereits Jugendparlamente gibt.

Mindestens zwei Sitzungen pro Jahr

Das sind die Eckdaten für den neuen „Jugendkreistag“, wie er in Rottal-Inn heißt: Das Gremium setzt sich aus höchstens 50 Mitgliedern zusammen, die aus achten bis zwölften Klassen kommen und maximal 18 Jahre alt sind. Die Wahlen finden

jedes Jahr in den Schulen statt. Je nach Größe können diese dann bis zu vier Jugendkreistage ins Nachwuchsparlament entsenden. Zudem haben der Kreisjugendring und kommunal bzw. selbst verwaltete Jugendzentren die Möglichkeit, drei bzw. jeweils einen Vertreter zu bestimmen. Der Jugendkreistag tagt mindestens zweimal im Jahr (Januar und Schuljahresende). Es sollten möglichst nur Themen zur Sprache kommen, die auf Kreisebene umgesetzt werden können. Geleitet wird die Sitzung

von der Landrätin oder einem Stellvertreter. Beratend ist von jeder Kreistagsfraktion ein Mitglied dabei. Die Kosten für die Beförderung der Schüler zu den Sitzungen trägt der Landkreis.

Ein paar Bedenken

Einig war man sich im Kreisausschuss, dass der Jugendkreistag einen Versuch wert sei, wie Georg Riedl (CSU), Sepp Rettenbeck (ödp), Werner Schießl (FW) und Günther Reiser (Grüne) sagten. Dennoch schwang ein wenig Skepsis mit. So äußerte Schießl Bedenken, ob das Angebot auch angenommen wird und was an Themen übrig bleibt, wenn diese nicht Gemeinden, sondern nur den Landkreis betreffen sollen. Und auch die Amtsperiode lässt Schießl etwas zweifeln: „Jedes Jahr wählen, zweimal eine Sitzung und dann gibt es neue Jugendkreistage.“ Insgesamt aber sei es begrüßenswert, wenn sich die jungen Leute einbringen würden. Letztlich ging der SPD-Antrag einstimmig durch. Der erste Jugendkreistag Rottal-Inn dürfte sich damit im kommenden Schuljahr konstituieren und dann seine Arbeit aufnehmen.

„Niederschlagswasser - Eine Ressource von morgen“

Eggenfelden. Die SPD-Stadtratsfraktion vertritt die Ansicht, dass das Einleiten von Oberflächenwasser in die kommunale Kläranlage zum einen eine Ressourcenverschwendung und parallel dazu für alle Bürger Abwassermehrkosten von fast 12% darstellt. Die Kosten für die Behandlung von Niederschlagswasser in der städtischen Kläranlage Eggenfelden wurden im Haushaltsjahr 2007 mit 234.375,- € veranschlagt.

Die SPD-Fraktion unter der Federführung von Stadtrat Martin Rainer hat in einem Antrag zum einen die Analyse zur Erhebung der Oberflächenwassereinleitungen aus versiegelten Flächen in die Kläranlage und eine Analyse zur möglichen Oberflächenwassernutzung (z.B. Grauwasser, Waschwasser in ihrem Antrag formuliert. Der Antrag wurde vom Stadtrat Eggenfelden einstimmig angenommen.

Zur Umsetzung der zuvor genannten Punkte hat die SPD-Stadtratsfraktion Eggenfelden zur praktischen Umsetzung und zur Entlastung der Verwaltung eine Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule vorgeschlagen. Die beiden Schwerpunkte des Antrages können ein interessantes Thema für eine Diplomarbeit darstellen.

Darüber hinaus würden in Zeiten knapper Kassen erheblich weniger Kosten anfallen, als eine umfassende Analyse durch ein Fachbüro. Die SPD-Stadtratsfraktion Eggenfelden ist der Überzeugung, dass mit diesem Antrag ein nachhaltigerer, für alle Bürger gerechterer Weg aufgezeigt und dargestellt wird. Für weitere Fragen steht Stadtrat Martin Rainer gerne zur Verfügung.

SPD-Familienfest am 15. August in Postmünster



Herzliche Einladung

zum traditionellen Familienfest der Rottal-InnSPD

am Sonntag, 15. August 2010, ab 11:00 Uhr

beim Bootshafen/Wasserwachthaus in Postmünster.

Es gibt wieder eine große Tombola (ohne Nieten). Verlost werden Bundestags- und Landtagsfahrten und viele andere Preise. Auch für musikalische Unterhaltung und Kinderprogramm wird gesorgt. Der SPD-Kreisverband freut sich auf viele Besucher!

Das Fest findet bei jeder Witterung statt (überdacht).



Der Bezirk Niederbayern - das unbekannte Wesen



Rita Röhl, Vorsitzende der SPD-Bezirkstagsfraktion

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser des Sozi,

Der Bezirkstag von Niederbayern - was macht der eigentlich? Wir möchten deshalb an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die Aufgaben des Bezirkstages geben:

Zum Zuständigkeitsbereich gehören:

- Die psychiatrischen Kliniken in Mainkofen, Landshut, Straubing und Passau
- Die neurologische Klinik in Mainkofen
- Das Pflegeheim in Mainkofen
- Die Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Degendorf (in Planung)
- Das Institut für Hörgeschädigte in Straubing
- Das Agrarbildungszentrum in Schönbrunn bei Landshut
- Der Lehr- und Beispielsbe-

trieb für Obstbau in Deutenkofen

- Der Fischereiliche Lehr- und Beispielsbetrieb in Lindbergmühle.

Der Bezirk Niederbayern ist darüber hinaus mit Mehrheit beteiligt an den Zweckverbänden der „Gesunden Fünf“ in Niederbayern:

- Bad Füssing
- Bad Birnbach
- Bad Griesbach
- Bad Gögging
- Bad Abbach.

Beteiligt ist der Bezirk Niederbayern auch an den Zweckverbänden der Freilichtmuseen in Massing und Finsterau, beim Landestheater Niederbayern (neue Bezeichnung für das südostbayerische Städtetheater). Die Denkmalpflege und die Kulturförderung gehören ebenso zum Aufgabengebiet.

Mit den Haushalten der Krankenhäuser erreicht der Bezirkshaushalt im Jahr 2010 ein Gesamtvolumen von 457 Millionen Euro. Die oben aufgeführten Krankenhäuser erfordern für ihren Betrieb keinen Trägerzuschuss, d.h. sie arbeiten nicht defizitär. Die SPD-Bezirksräte haben sich stets dafür eingesetzt, diese Krankenhäusern

nicht in GmbH's oder andere Rechtsformen auszugliedern.

Der Bezirk hat keine eigene Einnahmequelle, wie z.B. Steuerbeteiligung o.ä. Er finanziert sich aus zwei Haupteinnahmequellen: Der Bezirksumlage, die von den Landkreisen erhoben wird und aus Zuwendungen des Staates zur Mitfinanzierung



Die Rottal-Therme in Bad Birnbach - auch sie gehört zu den Einrichtungen, an denen der Bezirk Niederbayern beteiligt ist.

der Sozialausgaben.

Der größte Aufgabenbereich des Bezirkstages ist die soziale Sicherung. Dazu gehören die ambulante und stationäre Betreuung von behinderten Menschen (z.B. Werkstätten) und die stationäre Hilfe zur Pflege für Menschen in Pflegeheimen.

Der größte Einzelposten im Haushalt spiegelt die Hauptaufgabe des Bezirkes wieder: Die soziale Sicherung, also die Ausgaben für behinderte und pflege-

bedürftige Menschen, erfordern im Jahr 2010 einen Aufwand von insgesamt 270,5 Millionen Euro.

Die Finanzierung dieser großen Aufgabe über die Bezirke ist im Grunde genommen die gerechteste Form der Verteilung. Die Landkreise zahlen die Umlage ja auf der Grundlage ihrer Steuerkraft, das heißt, die finanziell besser gestellten Landkreise zahlen mehr Umlage als die nicht so gut gestellten. Für die Betroffenen heißt dies: gleich gute Betreuung, unabhängig von der Finanzlage der Landkreise. Für uns als SPD-Bezirksräte ist diese gleich gute Versorgung ohne Einwirkung der Kassenlage besonders wichtig.

Im Jahr 2010 nimmt der Bezirk über die Bezirksumlage 172,9 Millionen Euro ein, vom Staat erhält der Bezirk Niederbayern in diesem Jahr zur Mitfinanzierung

an diesen Sozialausgaben ca. 72 Millionen Euro. In den Bezirkseinrichtungen sind über 2.000 Menschen beschäftigt.

Weitere Informationen zum Bezirk Niederbayern findet ihr auch auf der Internetseite:

www.bezirk-niederbayern.de

**Herzlichst,
eure SPD-Bezirksräte**

**Rita Röhl,
Max Brandl,
Gudrun Peters**

Der SPD-Ortsverein Pfarrkirchen

lädt herzlich ein

zu seinem traditionellen Sommerfest

am Samstag, 14. August 2010, 19:00 Uhr

im Vereinsheim der Stockschiützen
(Rennbahn).

Wir freuen uns auf zahlreiche Gäste.

Impressum

SPD-Kreisverband Rottal-Inn
Öttinger Straße 6-10,
84307 Eggenfelden

v.i.S.d.P.:

Renate Hebertinger,
Kreisvorsitzende
Tel. +49 (0)8721 27 70
Fax +49 (0)8721 91 12 70

Redaktion:

Thomas Asböck,
Bernhard Hebertinger

SPD-Geschäftsstelle Unterbezirk Rottal-Inn/ Dingolfing-Landau

Öttinger Straße 6-10
84307 Eggenfelden
Tel.: +49 (0)8721 66 00
Fax: +49 (0)8721 50 88 01

Öffnungszeiten:

Di. / Mi. / Do. 09:30 - 16:00 h
Fr. 09:30 - 13:00 h

✉ susann.oberlander@spd.de